

Die Baugewerkschaft

B r g a n

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Niedersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

C h r i s t l e i t u n g :

Berlin O., Niedersdorferstraße 60.

A b o n n e m e n t s - B e s t a l l u n g e n , A n z e i g e n u. c. f i n d e n a n
d e s G e s c h ä f t s s t i l l e z u r i c h t e n .

S c h l u ß d e r R e d a k t i o n : M o n t a g a b e n d s 6 U h r .

Erscheint jeden Sonntag.

A b o n n e m e n t s p r e i s p r o D u o r t a l 1,50 P f s . (ohne
B e s t a l l g e b i l d) , b e i B u s e n d u n g u n t e r K r e u z b a n d
1,70 M t .

V e r b a n d s m i t g l i e d e r e r h a l t e n d a s O r g a n g r a t i s .

A n z e i g e n p r e i s : d i e v i e r g e s p a l t e n e P e n t z e l e 40 P f s .

N u m m e r 46.

B e r l i n , d e n 17. N o v e m b e r 1907.

8. J a h r g a n g .

Inhaltsverzeichnis.

"Scharfmacher"-Sozialpolitik. — Die Beschlüsse des zweiten deutschen Arbeiterkongresses. — Gefährter Punktspiel. — Ausblick: Einem Kursus für Bauhandwerker. Die Stellungnahme. Die Aussperrung in Hauenstein. Wie entstand das Leben auf der Welt? Für 150 000 M. ein Jahr Koalitionsrecht. Spaltung in den italienischen Arbeiterorganisationen. Beilegung der englischen Eisenbahnerkrise. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Berlin, Bochum, Duisburg, St. Johann-Saarbrücken, Bösen, Braunsberg, Bremen. — Soziale Wahlen. — Bauunfälle. — Belanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

"Scharfmacher"-Sozialpolitik.

Das sozialpolitische Programm, das der Zentralverband deutscher Industrieller auf seinem Berliner Delegiertentag am 28. Oktober aufgestellt hat, beansprucht vor allem deshalb eine besondere Betrachtung, weil es offensichtlich auf die „neue Situation“ der heutigen politischen Verhältnisse zugeschnitten ist. Mit Rücksicht auf den in den nächsten Tagen erfolgenden Einkommenskampf des Reichstages sollte gewissermaßen ein Vorstoß gemacht werden gegen jede zu „weit gehende“ Sozialpolitik. Während sonst der Zentralverband deutscher Industrieller erst dann zu den sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen Stellung genommen hat, wenn, wie sein Generalsekretär Buedt sich ausdrückte, dies seitens der verbündeten Regierungen mit der Vorlage von Gesetzentwürfen oder durch sonstige bestimmte Meinungsäußerungen geschehen war, hat jetzt ex. umgekehrt vorher die verbündeten Regierungen und dem Reichstage seine sozialpolitischen Ansichten und Wünsche kund und zu wissen getan.

Mit Genugtuung wird man das Bekenntnis des Zentralverbandes zu einer „gesunden, kräftigen, vorurteillosen und verbindlichen Sozialpolitik“ aufnehmen, zugleich sich aber darüber verwundern dürfen, daß derselbe die befürchtete Einführung des Behnstantages für die Arbeiterinnen als ein „wirtschaftlich gefährliches Vorgehen“ bezeichnet. Der Zentralverband tut hier, als ob es sich um einen gesetzgeberischen Schritt von der weitgehendsten Bedeutung handele. Tatsächlich besteht aber in der weit aus größten Mehrzahl der Fälle von Arbeiterinnenbeschäftigung schon als freiwillige Maßnahme der zehnständige Maximalarbeitstag, und die Gesetzgebung würde hier lediglich also einen bestehenden Zustand gesetzlich festzulegen haben. Nun verweist der Zentralverband gegenüber dem Wege der gesetzlichen Regelung auf den der freiwilligen. Hier bleibt aber die Gefahr bestehen, daß eine Reihe von Unternehmern diesen freiwilligen Weg nicht betreten wird; deshalb sind es gerade auch mit dem Behnstantag arbeitende Unternehmer, die die gesetzliche Normierung verlangen, nicht zuletzt unter dem Hinweis auf die illoholale Konkurrenz ihrer am Elfstundentag festhaltenden Kollegen. Alles das weist auf die Notwendigkeit gesetzlicher Regelung dieser Frage hin, selbstverständlich unter erforderlichen Übergangsbestimmungen, wie auch wir immer betont haben.

Wie der Zentralverband gegen eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen ist, so erhebt er auch Einspruch gegen die Bestrebungen, in den Betrieben mit unvermeidlicher Tag- und Nachtarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit die Einführung der achtständigen Schicht zu erzwingen, weil der Lohnausfall von den Arbeitgebern nicht gedeckt und von den Arbeitern nicht getragen werden kann, auch die erforderlichen Arbeitskräfte fehlen.“ In dieser Beziehung sind jedoch die Arbeiter anderer Ansicht, und speziell in der öffentlichen Meinung befinden sie viele Sympathien gerade für obige Bestrebungen. Abgesehen davon ist hier die Stellung des Zentralverbandes wieder typisch für seine Auffassung unserer ganzen Sozialpolitik. Auf der einen Seite, zur Linderung von Krankheit und Not, zur Unterstützung der Verunglückten und Invaliden, der Witwen und Waisen auf dem Wege der staatlichen Versicherung, ist der Zentralverband nach seiner ausdrücklichen Meinungsäußerung zu weiteren finanziellen Opfern gerin bereit. Er will so zur Heilung der Schäden, die die Industrie dem Volksleben und der Volksgesundheit schlägt, zu seinem Teile selbstwillig beitragen. Wo es sich aber darum handelt, etwa auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung den Schäden vorzubeugen, dem vorzeitigen Hinsiechen des Arbeiters und Ernählers der Familie entgegenzuwirken, ein Gebot, das zum ersten in der Hygiene geworden ist, da versagt der Zentralverband. Wahre Sozialpolitik heißt jedoch nicht heilen, sondern vorbeugen. Das ist menschlicher und auf die Dauer auch billiger!

Können wir nach der vorgezeichneten Richtung dem Zentralverband folgen, so ist recht nicht bezüglich seiner Stellungnahme zu der Arbeiterbewegung im allgemeinen und dem Koalitionsrecht im besonderen. Wir sprechen uns gegen jegliche Erweiterung des Positionsschrittes des

besserer aus“, erklärte Herr Buedt. Das sind Worte, die sich besonders konsequent anhören im Munde von Leuten, die das Recht der Vereinigung in ihren Arbeitgeberverbänden bis zur äußersten Grenze ausgenutzt haben und nur auf Grund dieses zu der heute erklommenen Höhe gelangen konnten. Durch dieses ablehnende Verhalten des Zentral-Verbandes gegen die Anerkennung der Arbeiterbewegung, gegen die volle Gewährung nicht etwa eines Sonderrechtes, sondern eines ganz natürlichen Rechtsanspruches hemmt er eine Entwicklung, die in so hoffnungsvollem Aufblühen begriffen ist. Eben erst läuft der Jahresbericht der Generalkommission der freien Gewerkschaften über die Lohnbewegungen im Jahre 1906 im „Correspondenzblatt“ (Nr. 43) erkennen, daß der Gedanke des Verhandelns zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in sichtbarem Vormarsch begriffen ist und damit die Idee friedlicher Verständigung. Da aber greift mit rauer Hand der Zentralverband ein und spricht sich gegen die endgültige Regelung eines Rechtes aus, das die Unterlage für diese Aufwärtsentwicklung bildet. Statt verständnisvollen Fortbildens ein nicht zu verstehendes Dremsen!

Man merkt aus allem heraus, die Herren vom Zentralverband deutscher Industrieller wollen von ihrem liebgewonnenen, aber unhaltbaren Herrenstandpunkt nicht lassen. Daher auch ihre Opposition gegen die Tarifverträge, die als für die Industrie ungeeignet erklärt werden, obwohl ihr Siegeszug für das Gegenteil spricht. Daher ihre Opposition gegen die konstitutionelle Fabrik, obwohl die ebenso gut zulegen kommen wird, wie der parlamentarische Konstitutionalismus sich durchgesetzt hat! Das alles zu erkennen, bedurfte es nicht noch der Mordorffschen Tischrede mit ihren Kampfansagen. Hinter der steten Verufung auf die angeblich von den Arbeiterorganisationen bedrohte autoritative Stellung des Unternehmers und Arbeitgebers steht nichts als die tiefste Abneigung gegen die Arbeiterorganisationen überhaupt! Zu welchen persönlichen Ge hässigkeiten niedrigsten Grades diese treibt, lehrt die Nummer 106 der „Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Zentralverbandes deutscher Industrieller“ — gewissermaßen ein Vorbericht zu dem Delegiertentag — durch ihre Beurteilung führender christlich-nationaler Gewerkschaftler. Ohne viel Kopfszerbrechen wird hier ausgesprochen, „daß die organisierten christlich-nationalen Arbeiter trotz ge teilstiger Versicherungen, die auch in den Schlussbemerkungen des Abgeordneten Schiffer nicht fehlten, sich von der Sozialdemokratie nicht wesentlich unterscheiden“ (S. 203). Der Abg. Giesberts ist ein Mann, „dem die Christlichkeit mir den Deckmantel für seine, der Sozialdemokratie und deren Streben sehr nahe Gesinnung bietet“ (S. 142). Der Abg. Behrens schien im Reichstage nach Buedt „ganz im sozialdemokratischen Sinne den Koalitionszwang nicht als Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit anzusehen“ (S. 55).

Sapienti sat! (Genug für den Verständigen!) Für die Verständigungen beharf es keiner weiteren Worte, es ist genug! Die Sozialpolitik des Zentralverbandes kann nicht zugleich die unselige sein; ihr „Scharfmacher“-Programm kann auf die Dauer nicht zum Segen des Vaterlandes ausschlagen. Und deshalb darf sowohl bei den verbündeten Regierungen wie beim Reichstag der Vorstoß des Zentralverbandes keinen Boden finden. Man müßte denn annehmen, sie wollten die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen!

Die Beschlüsse des zweiten deutschen Arbeiterkongresses.

F e i l s v e r e i n s g e s e z y . Der Kongress erneuert die Stellungnahme des Frankfurter Kongresses zur Frage eines Reichsvereinsgesetzes und erwartet eine so freiheitliche Gestaltung der von den verbündeten Regierungen offiziell angekündigten Vorschriften, daß sie eine ungehinderte Entwicklung der Arbeiterbewegung sichert und auch den Angestellten des Staates das Organisationsrecht gewährleistet.

W e r s c h l e c h t e r u n g d e r A r b e i t e r b e s t i c h e r u n g . Der Kongress protestiert mit Entschiedenheit gegen die Bestrebungen zur Verschlechterung der Arbeiterversicherung, wie sie in der Förderung nach Befestigung der kleinen Renten bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherungsschicht zutage treten und von einzelnen landwirtschaftlichen Organisationen gefordert wird. Die Abschaffung der kleinen Renten bis zu 25 Prozent, selbst bis zu 35 Prozent, wie es verschiedene Landwirtschaftskammern verlangt haben, bedeutet nicht nur eine Schädigung der ländlichen Arbeiter, sondern ebenso der kleinen und mittleren Bauern; beide Maßnahmen sind höchstens geeignet, die Landflucht zu fördern und die Landwirtschaft selbst in Mitleidenschaft zu bringen. Der Kongress spricht die Erwartung aus, daß die Regierung und die Parteien des Reichstages diesen Bestrebungen nicht nur keine Folge geben, sondern die Ausnahmestellung der ländlichen Arbeiter in der sozialen Gesetzgebung beseitigen helfen werden, vor allem durch Einbeziehung derselben in die Frankfurterversicherung und Gewährung des Positionsschrittes.

W e i c h s e l b e r g g e s e z y . Der Kongress fordert im Interesse einer einheitlichen Arbeitergesetzgebung (Arbeiterhof, Arbeiterschutz, Arbeiterrecht, Arbeiterversicherung) sowie mit Rücksicht auf die unbedienten Ergebnisse der letzten Reform des Bergarbeiterhofes und der Knappenhofstaaten im preußischen Landtag, die Regelung der Bergarbeiterverhältnisse nach ein Maßvorgabe.

D a s V e r h à l t n i s w a h l s y s t e m . Der Kongress konstatiert, daß das Verhältniswahlrecht, soweit es bisher bei Krankenkassen und Gewerbegeheiten eingeführt ist, sich durchaus bewährt hat. Der Kongress erwartet von der Reichsgesetzgebung die baldige obligatorische Einführung des Proportionalwahlsystems für alle sozialen Wahlen auf den Gebieten der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes.

W e i c h e r u n g d e r K o n s u m g e n o s s e n s c h a f t e n . Der Kongress erhebt entschieden Einspruch gegen die Zusammensetzung der Konsumgenossenschaften. Er verlangt für die Konsumgenossenschaften keine bevorzugung, sondern nur Gleichstellung mit anderen Genossenschaften, mit denen sie in ihren Wirkungen und Zielen weitestgehend sind. Die staatliche und kommunale Förderung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften einerseits und die Ausnahmebesteuerung der Konsumgenossenschaften andererseits ist um so mehr geeignet, Erbitterung zu erregen, als den letztern zum weitauß größten Teil Mitglieder der arbeitenden Stände als Mitglieder angehören, welche einer Erhöhung ihrer Kaufkraft am meisten bedürfen, aber auch schon durch direkte und indirekte Steuern im Verhältnis zu den anderen Ständen mehr belastet sind.

F ü r d e r u n g d e r G r u b e n s t e i g e r . Der Kongress spricht den um ihre Koalitionsfreiheit kämpfenden Grubensteigern seine Sympathie aus, und erwartet von Regierung und Bergbehörde, daß sie durch kleinere Maßnahmen die Grubensteiger in der Unterdrückung der Koalitionsfreiheit unterstützen. Der Kongress erblickt in den Maßregelungen und sonstigen unberechtigten Beleidigungen dieses Kampfes einen weiteren Beweis dafür, daß die gesetzliche Sicherung und Erweiterung der Koalitionsfreiheit unumgänglich notwendig ist.

G e g e n d e r g e l b e n G e w e r k s c h a f t e n . Der Kongress erklärt sich als Vertretung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck gegen die unter dem Sammelnamen „gelbe Gewerkschaften“ bekannten Vereinigungen, die in der Regel im Interesse der Unternehmer gegründet und von diesen abhängig sind. Diese Organisationen fönnen den Arbeitern statt größerer wirtschaftlicher Vorteile und staatsbürglerischer Freiheiten nur Abhängigkeit, statt Sicherung der Arbeiterrechte, höchstens Wohlthaten bieten, und an Stelle der Erziehung der Arbeiterschaft zum Standesbewußtsein, zur Selbständigkeit und Selbsthilfe werden durch die gelben Vereinigungen wahlos und daher stets willkürliche Hilfsgruppen der Unternehmer geschaffen. Diese „gelben“ Organisationen aller Art sind daher als Quittiergründungen angesehen, welche die weisen und materiellen Interessen der Arbeiterschaft nur empfindlich schädigen. Die Kongressteilnehmer sind überzeugt, daß die „gelben“ Organisationen gebilde wegen ihrer reaktionären Tendenzen den nationalen Interessen des deutschen Vaterlandes keineswegs förderlich sein können. Nur charaktervolle, zum selbständigen Denken erzeugene, vaterländisch gesinnte Arbeiter können als Staatsbürger den modernen Anforderungen der Nation und den Interessen der allgemeinen Volkswohlfahrt genügen. Der Kongress fordert daher die ihm angekündigten Organisationen auf, die sogenannten „gelben“ Arbeitervereinigungen scharf zu überwachen und vor allem ihrem weiteren Vordringen durch Festigung und Ausbreitung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einen kräftigen Damm entgegenzusetzen.

A r b e i t e r s c h u k i n d e r g e s u n d h ä l d i c h e n u n d s c h w e r e n I n d u s t r i e . Der Kongress hält einen erweiterten Arbeiterschutz in genannter Industrie für unbedingt erforderlich. Insbesondere ist dringend geboten, eine gesetzliche Regelung der Arbeitsszeit, Einführung der achtständigen Schicht für Feuer-, Hütten- und Hochofenarbeiter, bessere sanitäre und hygienische Einrichtungen in den Betrieben, Vorbeugung von Unfällen durch schärfere Unfallsicherheitsvorschriften und Kontrolle seitens der Fabrikinspektoren unter Einziehung fachkundiger Arbeiter, Einschränkung der Sonntags- und Verbot der Frauenarbeit, Verhinderung des Wissbrauchs der Wohlfahrtsanstaltungen und Sperrmaßnahmen zum Nachteil der Koalitionsfreiheit usw. Der Kongress begrüßt das Vorgehen der arbeiterfreundlichen Parteien im deutschen Reichstage zu Gunsten dieser Arbeiter und erwartet, daß die Reichsregierung dem einstimmigen Beschuß des Reichstags vom 16. April 1907 baldigst Folge geben und Erhebungen über die Lage und die gesundheitlichen Verhältnisse der Walzwerk- und Hüttenarbeiter vornehmen wird, insbesondere:

1. über die Einwirkung der Arbeit in diesen Anlagen, namentlich der Feuerarbeit auf Gesundheit und Leben der Arbeiter (Krankheits- und Unfallsgefahr);
2. über die hygienische Beschaffenheit der Werkräume, der bestehenden Wasch- und Badeeinrichtungen, Speisräume usw.;
3. über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, Zahl der (monatlich, jährlich) verschafften Schichten, Umfang der Überarbeit, Zahl der daran beteiligten Arbeiter und der auf den einzelnen entfallenden Überstunden resp. Überarbeitschichten;
4. über die Möglichkeit der Einführung der achtständigen Arbeitsschicht für schwere Feuerarbeiter;
5. über die Durchführung der Bestimmungen betreffs der Sonntagsruhe, mit dem Ziel der möglichen Einschränkung der Sonntagsarbeit;
6. eine entsprechende Bundesratsverordnung auf Grund des § 120 und 139a der Gewerbeordnung zu erlassen.

Der Kongress hebt das Vertrauen zum Deutschen Reichstage, daß derselbe allen Nachdruck auf die Durchführung dieser feinen Beschlüsse zu legen geneigt ist.

Des ferner erhebt der Kongress gegen das sogenannte Sperrsystem, modifiziert abgelegte Arbeiter monatelang auf anderen Werken keine Beschäftigung erhalten, wie es zurzeit schon teilweise besteht und weiter einzuführen versucht wird, entschieden Einspruch. Durch dieses Sperrsystem werden die Arbeiter materiell auf schwerste geschädigt, die Freizeitigkeit wird in ungünstiger Weise unmöglich und die durch die Gewerbeordnung garantierte Freiheit des Arbeitsvertrages illustriert gemacht.

In der Erkenntnis, daß besserer gesetzlicher Arbeiterschutz, sowie der Schutz der Koalitionsfreiheit gegenüber ungerechten Maßnahmen von Werken nur zu erreichen ist durch eine stark gewerkschaftliche Organisation werden die Hütten- und Wal-

Arbeitsarbeiter aufgesorbert, den Christlich-nationalen Arbeiterbewegung beigezutreten."

Ein Zusatz fordert Erhebungen über die Pensions-, Witwen- und Waisenunterstützung der in der schweren Industrie beschäftigten Arbeiter und verlangt, die unzulänglichen Einrichtungen durch ein Gesetz einheitlich zu regeln.

Sonntagsruhe. Der Kongress richtet an den hohen Bundesrat das höfliche Ersuchen, den in der 16. Kommission des Reichstages vom Jahre 1899 bereits angekündigte Gesetzentwurf betr. Neuregelung der Sonntagsruhe dem Deutschen Reichstag nun endlich zugehen zu lassen und darin vor allem die völige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, sowie eine Erweiterung der Bestimmungen betr. die Sonntagsruhe im Friseur- und Bädergewerbe vorzusehen.

Arbeiterinnenfrage. Der Kongress empfiehlt (der genaue Wortlaut der Resolution steht uns z. B. nicht vor) zunächst die Förderung der Bestrebungen der Arbeiterinnen nach Erfahrung von konfessionellen Standesvereinen (Arbeiterinnenvereine) und Einbezüglichung in die gewerkschaftlichen Organisationen und fordert dann entsprechenden Ausbau des Vereinsrechts, Verbot der Frauenarbeit in der gefährdeten und schweren Industrie, insbesondere in Bergwerks- und Hüttenbetrieben, Biegelen usw., Bekämpfung der Arbeitszeit, obligatorischer Fortbildungsschulen, Haushaltungsunterricht, Schutz der Verheirateten und Wochentümmer, weibliche Gewerbeinspektion, Wahlrecht für die sozialen Einrichtungen, Schutz in der Haushaltung, einheitliches Gesinderecht.

Hemindustrie. Der Kongress fordert Einbeziehung der Haushaltsgewerbetreibenden in die Versicherungsgesetzgebung, Gewerbeinspektion, Eingangs- und Tarifäste mit Verhandlungszwang.

Rundschau.

Einen Kursus für Bauhandwerker

veranstaltet im kommenden Winter die Handwerkskammer Düsseldorf für den Regierungsbezirk Düsseldorf. In demselben soll die Feiertagslehrzeile, die Lehre von der Zug, Druck und Scherfleiß, die Berechnung von Trägern usw. durch einen wissenschaftlich gebildeten Ingenieur in Vorträgen und praktischen Übungen gehabt werden. An demselben können auch Gesellen teilnehmen. Die Kosten sind nur ganz gering, und ist die Unterrichtszeit so gelegt, daß die Teilnehmer nicht zu sehr ihrer Tätigkeit im Geschäft entzogen werden. Die Handwerkskammer ertheilt Interessenten jede darüber gewünschte Auskunft. Ohne Zweifel können derartige Kurse sehr wohl weiterbildung und aufklärend wirken. Sicherlich würde der Erfolg noch größer sein, wenn die Einrichtung gemeinschaftlich mit den Arbeiterorganisationen geschehen würde. Doch daran ist vorläufig nicht zu denken!

Die Stellungnahme

zur Christlich-nationalen Arbeiterbewegung in evangelischen Kreisen ist erfreulicherweise in einerständigen Klärung begriffen. Neuerdings besteht sie die Kreishandelskammer des Kreises Reddinghausen mit dieser Angelegenheit, welche zu folgendem Entschluß führte:

"Kreishandelskammer erkennt in einer Christlich-nationalen Arbeiterbewegung, welche neben der Geltendmachung berechtigter Forderungen auch der eigenen Pflichten sich stets bewußt bleibt, einen bedeutsamen Fortschritt zur Erfüllung unseres Weltlebens und zur Auflösung des sozialen Friedens. Lebhaft begrüßt sie deshalb das stetige Auftreten dieser Bewegung in der heutigen Zeit, wünscht ihr von Herzen äußeres und inneres Erstärken und bittet die Gemeinde, der Christlich-nationalen Arbeiterbewegung ein warmes Interesse entgegenzubringen und womöglich dieselbe nach Kräften zu fördern."

Die Aussperrung in Hauenstein

Der christlichen Schuh- und Lederarbeiter ist zur Tatsache geworden. Dieser tüchtiglose Akt hat bei der Gesamt-Arbeiterschaft als auch in weiten Kreisen der übrigen Bevölkerungskreise die größte Entrüstung hergerufen, und zwar darum, weil ein Aussperrungsobjekt gar nicht mehr vorhanden ist. Nachdem seitens einiger Fabrikanten erklärt, sie würden nach Zurückziehung der Forderung auf zehnständige Arbeitszeit dieselbe zur Einführung bringen, war die ganze Angelegenheit ziemlich geklärt und eine Mitgliederversammlung des Zentralverbands christlicher Lederarbeiter beschloß einstimmig die Zu-

stimmung der Forderung. Ganz selbstverständlich wurde dabei vorausgesetzt, daß 1. die Fabrikanten ihr Versprechen halten und zweitens die Forderungen zurücknehmen bezüglich der geplanten Aussperrung aufheben. In diesem Sinne hatte sich auch die Presse des Bezirks ausgesprochen und von Beliebung der Differenzen geschieden. Wenn es kam aber anders, der Schuhfabrikantenverein sperrte trotz allerdem aus und zwar einerlei ob organisiert oder nicht. Neben diese Handlungsweise kann uns Worte waren. Sie steht wohl vereinzelt in den wirtschaftlichen Kämpfen da, und richtet sich von selbst. Sogar das Fabrikantenorgan "Der Schuhmacher", der nicht im besonderen Interesse der Arbeiterschaftlichkeit steht, tadelte das Vorgehen der Hauensteiner Fabrikanten durch folgende Notiz: "Wir kennen nicht alle Gründe, welche den Hauensteiner Fabrikantenverein zu seinem obigen Beschluss veranlaßt haben, aber wir glauben unmehrere, daß der Verein gut beraten war, als er diesen Beschluss faßte. Die Forderung der Arbeiter auf Einführung der zehnständigen Arbeitszeit rechtfertigte an sich schon keine schroffe Zurückweisung. Nachdem aber die Forderung bedingungslos (!!) die Fabrik zurückgezogen ist, wird das dennoch erfolgende Aussperrung nirgends Billigung finden und bei den Arbeitern Erbitterung zeitigen. Wir hoffen deshalb, daß diese Maßregel ungefährlich ausgehoben wird." Sowar nicht neu, aber doch recht eigentlich ist das Verhalten der sozialdemokratischen Kreise, vor allem ist der Ludwigshafener "Pfälzer Post". Nachdem im Hauensteiner Gemeinderat der Auftrag gestellt wurde, und zwar von einem Fabrikanten, 3000 Mark für die Heranziehung von Gendarmen zu genehmigen, stellte die genannte sozialdemokratische Beilage den Auftrag in Abrede, trotzdem in Hauenstein die Spuren es von den Büchern pfissen. Rechtfertigung und Schutz fanden die Unternehmer bei der Sozialdemokratie. Eine schöne Arbeiterschaftlichkeit dies. Dann legt das gleiche Blatt, allerdings so indirekt den Fabrikanten nahe, sie sollten die Betriebe nächster Woche ab wieder öffnen, sie notdürftig aufrechterhalten, unter den Ausgezeichneten aber eine gründliche Siedlung vornehmen. Den Höhepunkt sozialdemokratischer Journalistik erreicht die "Pfälzer Post" aber durch die Weitergabe eines Gerüchtes, das ohne Zweifel von den Hauensteiner Fabrikanten oder ihren Hintermännern ausging, und wonach der christliche Lederarbeiterverband die Unterstützung der Leute verweigerte. Das wahre Tatsache — nicht als ein Gericht — führt sie aus: „Unter den Mitgliedern des christlichen Verbandes hat der Unmut über die Handlungsweise des Verbandsleitung seinen Höhepunkt erreicht. Viele zählen schon jetzt nichts mehr. 200 Männer sollen überhaupt keine Unterstützung erhalten.“ An allein ist natürlich kein wahres Wort, das Genossenblatt gerichtet dies aber nicht. Man könnte fast meinen, es habe sich den Fabrikanten verschrieben. Die Hauensteiner Arbeiter sind nämlich dieser Meinung. Es ist nur gut, daß die "Pfälzer Post" nirgends einen oder nur ganz geringen Einfluss hat.

Wie entstand das Leben auf der Welt?

Diese Frage beantwortet ein "freier" Buchdruckereihilfsarbeiter in seinem Organ die "Solidarität" wie folgt:

Das Bestehen der Menschen, die Frage, wie alles Leben auf Erden entstanden ist, zu ergründen, ist schon sehr alt. Früher nahm man einfach an, alles, was auf Erden besteht, ist das Werk eines Gottes. Die biblische Schöpfungsgeschichte wird leider auch heute noch sehr viel als Wahrheit hingenommen. Die heutige Wissenschaft hält die Entstehung der Lebewesen durch zwei Möglichkeiten für wahrscheinlich. Erstens durch Bakterien, die von anderen Planeten zu uns gekommen sind; zweitens, daß die Keime des Lebens seit einiger Zeit sich im Urstoff der Erde aufgehalten haben und später, nach Wölbung der Erde sich zum Leben entwickelt haben.“

Ohne Zweifel ist der Mann vom Kapitän Gmelin beschlossen. Ihm kann nur geraten werden, sich einer ernsthaften Untersuchung beim Dr. „Kamel“ zu unterziehen. Auch könnte ihm eine „Abföhlung“ nichts schaden.

Für 150 000 Mk. ein Jahr Koalitionsrecht.

Welch hohen Wert das Koalitionsrecht für die Arbeiter hat, beweisen die Großindustrien am besten durch ihre Maßnahmen gegen die organisierten Arbeiter. Klassisches Beispiel hierfür liefert Saarowien, seitdem der christlich-soziale Metallarbeiterverband dort Fuß gesetzt hat. Die Ammoniakdienen den Herren Industriellen hierbei als Mittel zum Zweck. In Böblingen gab die Firma Röhring jedem Hüttenarbeiter 20 Mark pro Jahr für sein Koalitionsrecht. Et Ingbert wurde berühmt dadurch, daß nur an nicht christlich organisierte Arbeiter bezahlt wurden. Die Böddacher Hütte aber spielt

den Triumph aus, und versucht durch größere Geldsummen bis Arbeiter in den Hüttenverein hinzuzuliefern. Als im vergangenen Jahre der christlich-soziale Metallarbeiterverband in Böddach eine größere Anzahl Mitglieder gewonnen hatte, glaubte die Hütte dazu über, zum ersten Male „prozent“ an die Arbeiter zu zahlen. Später gab es dann als Gegenleistung und schwarze Listen wegen Bugehörigkeit zur Organisation. In diesen Jahren bewirtschaftete die Hütte die Mitglieder des Hüttenvereins bei dem Sommerfest mit Schnakenbüchsen und Freibier. Der neueste Versuch der Hütte, die Arbeiter vom christlichen Metallarbeiterverband fernzuhalten, wird mit einem Gnaden geschichte von 150 000 Mark ausgeführt. Die Generalversammlung der Aktionäre, denen dieses Jahr 50 Prozent Dividende (gegen 45 Prozent im vorigen Jahr) zufiel, stellte 100 000 Mark für die Gefambelegschaft und noch einmal 150 000 Mark für diejenigen Hüttenarbeiter im bevorzugten zur Verfügung. Diese 150 000 Mark wurden nur an diejenigen verteilt, welche dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband nicht angehören. Einzelne Ammoniakdienen haben bis 150 Mark hierauf nicht bekommen. Hieran können alle Einzelheiten erfahren, welche hohe Wert das Koalitionsrecht für die Arbeiter hat. Wenn ein Werk, das mit 50 Prozent Dividende arbeitet, das Koalitionsrecht eines Teiles der Arbeiter auf ein Jahr mit 150 000 Mark bezahlt, dann muß auch der letzte Arbeiter erkennen, daß es für ihn nur eine Parole gibt, welche lautet: Einlein in den christlichen Metallarbeiterverband, zu deinem Wohle und zur Ehre deines Standes!

Spaltung in den italienischen Arbeiterorganisationen.

In Parma tagte am 3. und 4. d. Ms. eine Generalsammlung der Arbeiterorganisationen von Italien, in der n. a. 10 Arbeitersammeln mit zusammen 180 000 Mitgliedern, 2 Handwerkerverbände mit 52 000 Mitgliedern, 19 Firmen mit 6118 Genossen vertreten waren. Die Büttenkunst fand auf Wunsch der Liga der Eisenbahner statt. Bereits in der ersten Sitzung ergriß der Vertreter der genannten Beamtens aus heftigster das Zentralorgano der Sozialisten, den „Avanti“ an, welches anschließend erst den Aussstand der Eisenbahner unterstellt habe, dann aber vollständig umgefallen sei. Auch das Zentralkomitee (eine über den Arbeitersammeln und über den Widerstand befindende Organisation), das eigentlich zur Sozialistischen Partei hörte, soll, habe die in Mailand und Turin bestraften Eisenbahner der Gewalt der Regierung überlassen. Die in jenem Komitee weilenden „Verräter“ mißten an die Luft gesetzt werden. In der zweiten Sitzung ging von einem intrasigenen Sozialisten der Vorschlag aus, ein Zentralkomitee des Widerstandes zu gründen, dessen Zweck es sei über die Einigkeit des Proletariats zu machen. Diese Vorlage wurde von den Vertretern von 110 000 Stimmen genehmigt. Dagegen waren 74 000 Stimmen, während 16 000 sich der Abstimmung enthielten. Zum Schluß erhielt das Zentralkomitee ein Misstrauensvotum. Wenn die neugegründete Organisation im Frühjahr entscheidet sein wird, hoffen die Eisenbahner den jetzt verabschiedeten Aussstand abschaffen zu wollen. In Bologna soll ein Organ der intrasigenen Sozialistischen Partei erscheinen.

Beliegung der englischen Eisenbahnerkrise.

Den Bemühungen des englischen Handelsministers Lloyd George ist es gelungen, die drohende Gefahr eines Eisenbahnerstreits durch die Herbeiführung eines Kompromisses zwischen den Direktoren der englischen Eisenbahngesellschaften und ihren Angestellten zu bannen. Die Hauptpunkte des Wommens sind folgende: In Zukunft sollen strikte Punkte über Lohn und Arbeitszeit einem Verständigungskomitee der betreffenden Eisenbahngesellschaften zur Beilebung übertragen werden. Falls es diesem Komitee nicht gelingt, eine Einigung herbeizuführen, soll die Frage einem Zentralkomitee überwiesen werden, und wenn auch dessen Vermittelung erfolglos bleibt, werden die Streitfragen bei einem Schiedsrichter abhängig gemacht, der von beiden Parteien zu wählen ist. Im Falle, daß die Parteien nicht über die Person des Schiedsrichters sich verständigen können, wird ein geeigneter Schiedsrichter von dem Präsidenten des Oberhauses ernannt. Dieses Wommen soll vorläufig sechs Jahre in Kraft bleiben und später nur nach vorangegangenen zwölfmonatiger Kündigung von einer Seite gelöst werden können. Über die jetige Regelung des Lohnes und der Arbeitszeit geht aus diesem Wommen nichts hervor. Und das bildete doch den wesentlichsten Kernpunkt des Streites.

Kollegen, der Ablauf der Tarife naht, betreibt eifrig die Herbstagitation!

Gefärbter Putzmörtel.

Von Fred Hood.

Nachdruck verboten.

Seit einigen Jahren ist man unter dem Einfluß des modernen Putzgerichtes eifrig bemüht, die Architektur wieder durch Farben zu beleben. Es wird die Glas- und Steinmosaike gepflegt, auch Frontaleereien sind nicht selten; aber derartige dekorative Mittel erscheinen, wenn sie wirklich in klassischer Vollkommenheit und solide ausgeführt werden sollen, einen erheblichen Kostenaufwand. So ist man dem jetzt wieder bemüht, durch farbige Behandlung des Putzmörtels Abwechslung in die Straßeneinrichtungen zu bringen, um die Wiederbelebung des Biedermeierstils hat nicht wenig dazu beigetragen, für diese Art der Dekoration in der Baumeister Interesse wachzurufen.

Der Putzmörtel hat bei uns die Steinarchitektur zu vertreiben; Giebeln aus rotem Sandstein, Granit, Kalkstein und Marboralden bei uns wie die Ausnahmen — der Putzmörtel erscheint daher als das wichtigste Material unserer Frontalarchitektur überhaupt. Bei den modernen Architekten, welche auf die Nachahmungen der klassischen Stile wenig Gewicht legen, ist das Gesetz und Dokument und damit auch der Studi in den Hintergrund gerückt — das Gebäude soll durch die Biederung der Farben an sich materiell wirken, und auf diese Weise hat man große, glatte, mit von dunklen und lichten verschiedener Größe durchdröhnte Putzflächen erhalten, wie dies gerade in den Biedermeierzeiten häuft war. Der Biedermeierstil ist ja sozusagen der einfache Stil, bei welchem jedes, allein zu dekorativen Zwecken dienende Stiel herpont ist. Um nun aber doch die Farbe nicht einzeln erhalten zu lassen, hat man zur Zeit vieler Architekten und Restauratoren die Flächen sorgfältig geprägt, so daß das eine Haus schön rosig geblieben wurde, das Nachbarhaus einen gelben Anstrich erhielt, während ein drittes in ein helles Zappungsgemisch getaucht. Derartige Kochflächen findet man heute noch in vielen klassischen Gebäuden, die einen stumpfen, grauen oder braunen Ton tragen, erheblich ausdrucksstarkere aber rohfarben geprägte werden. So das Jahr über jedoch ist, sozusagen, ich, daß die Farbe das Werk zerstört. Den modernen Architekten ist aber diese Farbenbeherrschung zu viele — die Farben in Fülle des Putz-

anstriches den gefärbten Putzmörtel, welcher außerdem auch behandelt wird, um so einen steinartigen Charakter zu gewinnen. In Berlin und anderen Großstädten begegnet man jetzt sehr häufig derartig aufgefächerten Neubauten, die durchaus nicht immer eine sandsteinartige Färbung zeigen, sondern ebensoviel gelbliche und rötliche, wie braune und grünliche Löne aufzuweisen. Diese Färbung ist auch selten so diskret, wie der natürliche Sandstein, und die neue, unsorgsame Bauanlage des Sophie-Charlottenparks in Charlottenburg mit den breiten Biedermeierfronten an der Schiller- und Großeckstraße — die einen in einem düsteren, mit durch kleine Fensterkreuze belebten Rotbraun, die anderen in einem aufdringlichen Lehngelb — bilden geradezu einen lauten Protest gegen die stillen und dezenten Löne, welche sonst das Bild der großstädtischen Straßen aufweist. Ob sich unter Auge einmal an diese riefigen, in aufdringlichen Lönen gehaltenen Putzfronten gewöhnen wird, ist zweifelhaft; aber so viel steht fest, daß die Verwendung geprägten Putzmörtels jetzt wieder sehr beliebt ist, und die Verwendung kann so auch in dezenten Form geschehen, als dies hier der Fall ist. Jedenfalls ist es angebracht, sich mit den technischen Mitteln zur Ausführung dieses farbigen Putzes vertraut zu machen.

Es ist allgemein bekannt, daß man auch dem gewöhnlichen Kalkmörtel Farbe zulegen kann, um ihn zu tönen. Die Färbung kann auch durch Zusatz von Ton oder Portlandzement gegeben werden. Aber diese Anwendung beeinträchtigt Farben, von denen sie nicht gut mit dem Mörtel mischen oder nichtwitterungsbeständig genug sind, ergibt doch eine sehr ungünstige Resultate; der Putz wird nicht selten steif und unzählig. Ähnlichlich für den Zementmörtel kann man die Farben vorsichtig wählen; beispielsweise sind für Schwarz Braunkies, für Grün Ultramarin, für Blau Ultramarinkiesel, für Rot Lapath mortuum, während über sonst zur Erzielung gelber, wie auch brauner Löne geeignet ist. Eine leichte gelbliche Tönung gewöhnlichen Kalkmörtels ergibt man durch Zusatz einer dünnen Lösung Eisenstifts oder durch Mischung mit braunem Romanement. Wie steht es mit einer schönen und dauerhaften Färbung des Putzes? Ganz sicherlich ist es eine schwere und dauerhafte Färbung des Putzmörtels zu erzielen, wird man dem Kalkmörtel entnehmen, daß der Verein zur Beförderung des Gewerbelebenes in Preußen im Jahre 1874 dem Maurermeister Ambroselli für den von diesem erfindeten gefärbten Putz einen Preis zuerteilte. Ambroselli hat nach ausführlichen Berichten genau angegeben, wie der Mörtel für die verschiedenen Putzflächen zusammenzulegen und zu farben ist. Nun dürfen finden die einer anwendbaren Architektur. Im allgemeinen genügen für den farbigen Putz

von Ambroselli zwei Mörtelschichten; für ganz keine Arbeit verwendet man aber drei verschiedene Mörtelmassen, die für drei Schichten Verwendung finden. Der Mörtel für den Grundputz besteht aus einem Teile gutgelöschen Kalkmörtels und zwei Teilen sehr scharfen Sandes. Wenn diese Masse gut gemengt ist, so sieht man ihr 25 Prozent Portlandzement zu. Es wird nun gerade soviel Wasser hinzugegeben, daß ein schlüpfriger Brei entsteht, der sich gleichmäßig anwenden läßt. Auf diese Schicht, die schon ziemlich erhärtet sein muß, ehe man die nächste aufträgt, kommt eine Putzschicht aus seiner Mörtelmasse, die aus zwei Teilen Kalk, zwei Teilen feinem Sandes gebildet wird, und der wieder nach jüngstiger Mischung 12 Prozent Portlandzement zugefügt werden. Von der schon vorher angerührten Farbe gibt man dem Gemenge so viel hinzuz, als es der gewünschte Farbenton erfordert, und nun wird die mit Wasser angerührte Masse, die wieder recht schlüpfrig zu halten ist, aufgezogen und aufgetragen. Bei diesem, wie überhaupt bei jedem Putz muß man darauf achten, daß der Mörtel nicht mit der „Kartätsche“ zu viel hin und her getrieben wird; er muß beim Aufziehen so richtig sitzen. Das Aufziehen muß mit wenig Wasser geschehen, d. h. der Putz wird nach dem Aufziehen nur noch mit dem Wasserpinsel besprengt, damit mittels Reibebrett eine glatte Oberfläche zu bewirken ist. Wer das Reibebrett muß eben nur die Partien der Oberfläche glätten, nicht etwa die ganze Mörtelschicht wieder mit Gewalt nach der Seite treiben. Zu vieles Hin- und Herreiben des Mörtels bewirkt ein Kotzen des derselben, d. h. er bindet ab, ehe eine solide Verbindung mit dem Maurerkreis erzielt ist. Will man nun aber eine besonders flache erzielen, wie das z. B. in Treppenhäusern, Korridoren monimentaler Gebäude usw. üblich ist, so wird die Farbe erst der dritten Mörtelschicht zugesetzt. Man mischt diese aus einem Teile feinsten Sandes, einem Teile eingestellten Kalks und 0,05 Teilen eingemahlenen Zements, worauf man die Farbe zu setzt. Der so bereitete Mörtel ist nicht nur für glatte flächen sondern auch zum Zielen aller Geimme in sehr vorwetter Ausführung geeignet. Gibt der farbige Putz gleichmäßig ausfallen so muß das begonnene Stück auch am denselben Tage vollendet werden. Man muß sich also die Fläche in begrenzte Felder teilen und die an einem Tage begonnene Schicht des betr. Feldes auch vollenden. Ein Nachputzen ist an keiner Stelle zulässig — auf diese Weise würde man die ganze Arbeit durch ausfällige Flecke verderben.

Wirtschaftliche Bewegung.

Bauzusammenfassungen: Berlin, Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, Arnsdorf, Maurer, Weinhendurg i. G., Aussperrung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Dagenau (Maurer), Elberfeld (Büroarbeiter), Sperrre über die Firma Rummelhöfer, Barmen-Mittershausen, Bochum (Sperrre über Wingenfeld), Eßena d. Ruhr (Stoffarbeiter, Sperrre über Zwischenmeister Helmerich und Heineman und Kläss), Gelsenkirchen, Aussperrung der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer, Säckingen und Kurg (Maurer, Zimmerer, Säger und Bauhilfsarbeiter).

Geperrt ist das Baugeschäft Hermann in Bischofstein, Ospr. Elberfeld-Barwen. Neben den Zwischenmeistern Jeschauowski seitens der Fleischleger die Sperrre verhängt worden.

Eßena d. Ruhr. (Dachdecker) Wegen Nichtinnehaltung des Tarifs, wurde im Einverständnis mit der Schlichtungskommission über die Firma Wilhelm Eßch die Sperrre verhängt.

Bezirk Köln.

Köln, 4. November 1907. (Herabdrückung der Tarifblätter im Kölner Bürgergewerbe) Bekanntlich bildeten die Forderungen der Bücher und Tücher bei der vorjährigen Lohnbewegung eine besondere Streitfrage und drohte zur Aussperrung auch der Maurer und Hilfsarbeiter zu führen. Die Unternehmer hielten die Akkordblätter um 10 Prozent erhöht, womit sich die Bücher und Tücher jedoch nicht zufriedengeben wollten. Durch das energische Einschreiten des Genossen Bömelburg nahmen die sozialdemokratischen Bücher und Tücher von der ursprünglichen Forderung Abstand. Es ist nun interessant, daß die roten Bücher sich nicht einmal an den tarifmäßigen Löhnen halten, sondern weit billiger arbeiten. Zur lebhaftesten Winterschlacht führten christlich organisierte Bücher die Bücherarbeiten an dem Neubau der Handelshochschule aus. Es wurde unserem Bureau von einigen Kollegen gemeldet, daß diese Arbeit nicht im Kolonnenstil, wie es der Vertrag vorschreibt, ausgeführt würde, sondern ein Schwimmeister habe die Arbeit übernommen. Unsere Organisation veranlaßte sofort eine Aenderung, wodurch die Arbeiten der Kolonne übertragen wurden. Dieses energische Auftreten der christlichen Organisation mußte der Firma wohl nicht passen, denn die Kolonne durfte nur die Arbeiten der oberen Stufe ausführen. Unsere Kollegen sagten dann am Gewerbegefecht auf die Ausführung der Bücherarbeiten der unteren Stufen. Es bot sich nun das Schauspiel, daß sozialdemokratisch organisierte Bücher, die von den christlich organisierten Büchern eingeflogene Arbeit fertigstellten, und so hatten die christlich Organisierten, weil sie das Schwimmeistersystem bekämpft hatten, das Nachsehen. Wo irgend ein christlich Organisierter auch nur einen Finger breit von den tarifmäßigen Bestimmungen abweicht, da wird sofort von den Genossen ein Wortschrei in der "Rheinischen Zeitung" erhoben. Ja, man schaut nicht vor unwahren Behauptungen und Verdächtigungen zurück. Hier gilt das Wort von dem Spitter in dem Juge des Nachsten. Dieses hat sich so recht am Neubau der Hebammenlehranstalt nunmehr wieder gezeigt. Der Unternehmer Kinkel bei aus Barmen, der den Bau anführt, versuchte schon bei den Maurerarbeiten sich an den tarifmäßigen Löhnen vorzuüberdrücken. Es gelang ihm dieses nicht, weil die Maurer und Hilfsarbeiter sich entschieden dagegen zur Wehr setzten. Die Bücherarbeiten übergab er einem Schwimmeister der den Quadratmeter Wandputz 1½ Pf. billiger als den tarifmäßigen Preis übernommen hat. Die sozialdemokratisch organisierten Bücher und Hilfsarbeiter führten dem Schwimmeister die Arbeit aus. Unsere Lokalverwaltung sah die Leitung des sozialdemokratischen Verbundes von diesem Missstande in Kenntnis, und Kollege Becker wurde mit dem Vertrauensmann Werner der sozialdemokratischen Bücherorganisation auf der Baustelle vorstellig. Hier erklärte denn auch der Schwimmeister, daß er den Wandputz 1½ Pf. billiger herstelle. Der Bauführer der Firma Kinkel bei, der zugegen war, sagte zu ihm: „Sie Schaf, warum sagen Sie nicht, daß Sie den tarifmäßigen Preis erhalten!“ Zwei Tage später wurden Becker und Werner nochmals bei dem Unternehmer Kinkel vorstellig, dieser wies dieselben mit barschen Worten ab, er bezog sich den tarifmäßigen Preis, er hätte nichts mit ihnen zu tun. Darauf gingen Becker und Werner in die Aufenthaltskunde der Bücher und Hilfsarbeiter. Der Schwimmeister erklärte hier noch einmal, daß er den tarifmäßigen Preis nicht bekomme. Als Kollege Becker Werner darauf aufmerksam machte, daß hier etwas geschehen müßte, erklärte er, sein Einfluß reiche hier nicht aus, den Missstand zu befehligen. Auch erklärte der Beamte G. Fröhlich keinen Einfluß auf die Bauhilfsarbeiter ausüben zu können. Und nun hat man die Unverantwortlichkeit und schreibt im „Grundstein“ in Nr. 44, daß überhaupt keine Missstände dort vorhanden gewesen seien. Das ist denn doch die Höhe. Auch am Neubau des israelitischen Tempels ist die Arbeit im vorgegebenen Kolonnenstil nicht ausgeführt worden. Hier haben einige den Überverdienst eingestellt, während die übrigen dort Beschäftigten mit Tagelohn abgespeist wurden. Auch hier arbeiteten nur sozialdemokratisch Organisierte, dazu auch noch der Vorsteher. Auf unsere Vorhaltungen hin wurde auch dieses bestritten. Eine gemeinschaftliche Untersuchung ergab indes, daß tatsächlich einige den „Tempel“ eingestellt und die anderen das Nachsehen hatten. Interessant ist nun, welche Entschuldigung jetzt die Herren vorbrachten. Die Herren Sozials behaupteten nämlich, eine gleiche Teilnahme am Überverdienst sei unmöglich, weil nicht alle gleich leistungsfähig wären. Der Genosse Werner berief sich sogar auf ein Kommissariat vom Jahre 1903, wonin dieses Prinzip festgelegt sei. Darnach gibt es bei den Genossen in Köln Bücher erster, zweiter, dritter und vierter Güte. Da haben wir die Erklärung für die Klagen so vieler Bücher um ihren Anspruch auf den Überverdienst. Da die Mahnungen unsererseits, die Missstände zu beseitigen, bei der Leitung des sozialdemokratischen Verbundes nichts fruchteten, berief unsere Organisation am 15. Oktober eine öffentliche Bücher- und Tücherversammlung ein, die sich mit dieser Angelegenheit befaßte. Kollege Lange schilderte die Bedeutung der Tarifverträge und das Verhalten des sozialdemokratischen Verbundes im hiesigen Bürgergewerbe. Der Vorsitzende der roten Büchersektion versuchte das Verhalten seines Verbundes zu entschuldigen. Folgende Resolution wurde gegen die Stimme des Genossen Rönn einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Bücherversammlung nimmt Kenntnis von dem Verhalten der sozialdemokratischen Büchersektion, die sich selbst als unfähig betrachtet, die tarifisch festgelegten Lohnsätze hochzuhalten und durchzuführen. Da durch dieses Verhalten die größten Missstände eintreten und für das Vorwärtskommen bedenkliche Folgen zeitigen könnten, versprechen alle Anwesenden, mit Entschiedenheit für die Einhaltung der Tarifblätter und -bestimmungen einzutreten. Des Weiteren verpflichten sich alle Anwesenden, für die Stärkung der christlichen Organisation zu sorgen, die ehrlich bestrebt ist, die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen.“

Das hat den Genossen Ruth gewurmt. Er berief sofort eine Gegerversammlung ein. Wer aber glaubt, Ruth habe sich mit den in Frage kommenden Vorherrschaften befiehlt, der irrt sich gewiß. Stadtbausenaten und andere politische Dinge wurden behandelt. Kollege Becker, der in dieser Versammlung anwesend war, wies den Genossen treffend nach, wo die Missstände bestanden, und wer die tarifmäßigen Abmachungen zu umgehen suchte; eine Menge rot organisierte Bücher gaben dem Kollegen Becker ihre Zustimmung. Ein rot organisierte Bücher erklärte dem Vorsitzenden unserer Büchersektion gegenüber: „Nebenbei, wo unter Tarif gearbeitet wird, sind es freie organisierte, die dort arbeiten, von den Christlichen kann man dieses nicht gen.“ Achtmal sprach sich nun im Büchersektor gewisse zu.

Im Geschäft Rosenfeld & Co. wurde bisher im Tagelohn gearbeitet. Da die Firma viel auswärtige Arbeiten ausführt, zahlt dieselbe auch hier in Köln für 8½ stündige Arbeitszeit 10-Stundenlohn. Laut Aussage der Genossen selbst sollte nun dieser Marktstand (das im Tagelohn arbeiten) bestreikt werden, und in einer Versammlung der sozialdemokratischen Blattlegersektion wurde ein diesbezüglicher Beschluss gefaßt, in Zukunft nicht mehr im Tagelohn sondern im Allord zu arbeiten. Die meisten in dem Geschäft Rosenfeld & Co. Beschäftigten protestierten gegen diesen Beschluss und traten aus dem sozialdemokratischen Verbande aus. Sie halten, entgegen dem Willen des roten Verbandes, an der Tagelohnarbeit fest. Um diese Beträzung der Arbeitersinteressen zu verdunkeln, glauben die Genossen ein nie versagendes Mittel in dem Beschimpfen der christlichen Organisation zu befinden, wie dieses so recht der Artikel in Nr. 44 des „Grundstein“ wieder beweist. Man vergleiche dieses wütige Geschimpfe mit den hier festgelegten Tatsachen, und es kann keinem denkenden Arbeiter, selbst wenn er rot organisiert ist, das Urteil schwer werden, auf welcher Seite die Interessen der Arbeiter ohne jede Nebenabsicht eigentlich vertreten werden. So zeigt es sich, daß der Egoismus, der durch die materialistische Weltanschauung der Sozialdemokratie geprägt wird, auch bei den Kölnner Genossen schon so weit Fortschritte gemacht hat, daß die gemeinsamen Interessen mit Füßen getreten werden. Unsere Kollegen mögen sich das Vorstehende genau merken, und den Genossen auf den Baustellen zeigen, in welcher Weise ihre Interessen von den freien Gewerkschaften vertreten werden. Es muß darüber eine rege Diskussion auf allen Arbeitsstellen stattfinden.

Neuwied, den 4. Nov. 1907. Die Lohnbewegung ist hier in ein Stadium vollständigen Stillstandes gekommen. Unsere Zahlstellen waren kaum gegründet, da reichte der Genosse Pfeiffer ohne jede Vorbesprechung, ganz im Stillen, eine Forderung an die Unternehmer ein. Jedermann gehabt dieses eitige und heimliche Vorgehen, um der christlichen Organisation zuvorzukommen. Klug war dieses Vorgehen selbstverständlich nicht, denn bei solchen Lohnfragen macht es einen besseren Eindruck auf die Unternehmer, wenn die Forderungen gemeinsam erhoben werden. Da die Forderung des sozialdemokratischen Verbandes den örtlichen Verhältnissen nicht entsprach, sich vielmehr den Wünschen fremder Kollegen anpaßte, arbeitete die christliche Organisation einen regelrechten Tarifvertrag aus. In einer öffentlichen Maurer- und Bauhilfsarbeiterversammlung, an der auch die sozialdemokratische Organisation teilnahm, wurde der Tarif einstimmig angenommen. Selbst der Genosse Pfeiffer gab zu, daß dieser Tarif das richtige sei. In einem Begleitschreiben wurden die Arbeitgeber um Antwort resp. um Unterhandlungen gebeten. Als äußerster Termin war der 15. August bestimmt, und die Hoffnung einer friedlichen Verständigung ausgesprochen. Die Arbeitgeber gründeten einen Arbeitgeberverband und teilten mit, daß vor Anfang September die Angelegenheit nicht erledigt werden könne. In einer gemeinsamen Lohnkommissionssitzung wurde beschlossen, den Arbeitgebern mitzutellen, daß die Arbeiterschaft in der Hinausschiebung eine Verschleppung erlitten und die Verhandlungen noch im August wünschten. Zugleich wurde beschlossen, daß, falls die Unternehmer nicht innerhalb sieben Tagen antworteten, die Leiter der Organisationen bei jedem Arbeitgeber persönlich vorstellig werden und in den Versammlungen Bericht erstatten sollten. Da die Unternehmer eine Antwort nicht einstanden, mußten laut Beschluss die Leiter mit zwei örtlichen Kollegen gemeinsam vorstellig werden. Wer jedoch nicht erschien, war der Genosse Pfeiffer. Ein Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes war erschienen, weigerte sich jedoch ohne Bleifeder mit vorstellig zu werden. Die Unternehmer erklärten, daß sie bestrebt wären, so bald als möglich in Verhandlung zu treten. Sie beabsichtigten die Unternehmer das ganze Landkreis Neuwied zu einem Vertragsgebiet zusammenzulegen. Die Unternehmer schienen es tatsächlich auch eilig regeln zu wollen. Der Genosse Pfeiffer ließ dann alle in dem Unternehmer v. Meisch nach, und fort war die Eile. Die Unternehmer schoben die Verhandlungen immer länger hinaus. Unserer Organisation wurden die Säle abgetrieben. In gemeinsamen Besprechungen der Lohnkommission machte man sich einig, energisch auf Verhandlungen zu dringen und evtl. auch andere Maßnahmen zu ergreifen. Ein Schreiben des Arbeitgebers ließ erkennen, daß auf gütlichem Wege nicht viel zu erhoffen war. Unsere Kollegen wollten den Beschluss fassen, die Arbeit einzustellen. In einer Vorbesprechung stellte sich nun heraus, daß die Unternehmer dem sozialdemokratischen Verband ein Schreiben mit anderem Wortlaut zugesetzt hatten, man hatte den Genossen mitgeteilt, daß über strittige Punkte noch verhandelt werden könnte. Daß dieses eine Verschleppungskalkül war, wollte den Genossen nicht einleuchten. In einer Versammlung des sozialdemokratischen Verbandes erklärte der Genosse Ahrens aus Düsseldorf, es wäre eine christliche Eselei den Unternehmern mit einem Tarifvertrag die Pistole auf die Brust zu setzen. Der Genosse Hüttermann erklärte: wir sind Diplomaten. Was wir wollen, sagen wir nicht. Wenn die Christlichen streiken wollen, dann lassen wir sie ruhig streiken. Dieses Jahr streiken wir nicht. Daß es den Unternehmern unter solchen Umständen nicht einfiel, ein unnehmbares Angebot zu machen, ist klar. In den Verhandlungen hielten sich die Unternehmer an dem Koblenzer Spottarif, der durchweg die Pflichten der Arbeiter vorsieht. Nicht rauhen u. dergl. Das Vertragsgebiet hatten die Unternehmer in vier Bezirke eingeteilt. Die Löhne sollten betragen: 1. Bezirk: Maurer 42, Hilfsarbeiter 34 Pf.; 2. Bezirk: Maurer 40, Hilfsarbeiter 30 Pf.; 3. Bezirk: Maurer 40, Hilfsarbeiter 30 Pf.; 4. Bezirk: Maurer 40, Hilfsarbeiter 33 Pf. In einer Verhandlung erklärten die Unternehmer, daß bis zum 1. April 1908 überhaupt keine Lohnerschöpfung eintreten solle, von da ab solle der Höchstlohn im 1. Bezirk für Maurer 45, Hilfsarbeiter 34 Pf., im 2. und 3. Bezirk für Maurer 42, für Hilfsarbeiter 30 Pf., im 4. Bezirk für Maurer 43, für Hilfsarbeiter 33 Pf. betragen. Die Kollegen lehnten das ab und teilten den Unternehmern mit, daß sie auf das Angebot nicht eingehen könnten. Zunächst müsse nicht ein Höchstlohn, sondern ein allgemein gestander Lohn festgelegt werden; weiter müsse der Lohn in allen Bezirken möglichst einheitlich geregelt werden. Das gebe umso eher, als Höhen und Tiefen auch heute nicht hinter den Neuwieder Unternehmen zurückstehen. Godann müsse der Lohn eine weitere Steigerung erfahren. Es wurde in dem Schreiben um weitere Verhandlungen gebeten. Bis jetzt ist eine Antwort noch nicht eingelaufen. Eine Konferenz aller Zahlstellen hatte beschlossen, daß der sozialdemokratische Verband sich bereit erklärt, durch Arbeitseinstellung die Forderung mit durchzuführen, soll die Arbeitseinstellung erfolgen. Sind sie dazu nicht bereit, sind wir gezwungen, für dieses Jahr ebenfalls Abstand zu nehmen. Die Unternehmer lassen nichts mehr von sich hören. Im nächsten Jahr glaubt der sozialdemokratische Verband nicht sobald Unterstützung bezahlen zu brauchen, da die Koblenzer dann in Koblenz Beschäftigung hätten. Deshalb müssen aber die Neuwieder Kollegen jetzt billiger und ohne Tarif arbeiten. Wie mehrere Kollegen bestehen, geht jetzt der Genosse Pfeiffer, der mährend der Bewegung so ein eigenständliches Verhalten an den Tag legte, auf den Baustellen damit hausieren, als sei es ungefehlt gewesen. Der sozialdemokratische Verband habe streiken wollen, jedoch der christliche Verband habe nicht geholt. Wie überall, so steht man auch hier die sozialdemokratische Unerschrockenheit. Bei den Verhandlungen erklärten die Unternehmer, die Christlichen wären lästiger als die Sozialdemokraten. Pfeiffer sagte in der Verhandlung: es sei selbst ein Kater

nechmersohn und könne sich in die Lage der Unternehmer ganz gut hineindenken; und nun schimpft er bei den Arbeitern auf die Christlichen. Unsere Kollegen werden den unwahren Behauptungen entschieden entgegentreten, da ja sehr weiß, welches Verhalten die sozialdemokratischen Führer zeigten, um bei den Unternehmern besser eingeschrieben zu sein als die Christlichen. Im kommen den Frühjahr werden sich die Unternehmer nicht mehr um die Wünsche der Maurer und Hilfsarbeiter herumdrücken können, Agitieren daher ein jeder. Elberfeld-Barmen (Fleischleger). Die Sperrre über den Zwischenmeister Jeschauowski wurde aufgehoben, nachdem der selbe sich mit den übrigen Kollegen solidarisch erklärt.

Verbandsnachrichten.

Werthe über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorherrschaften sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Maurer.

Berlin. (Bezirkskonferenz) Die diesjährige Konferenz des Bezirks Brandenburg-Pommern, erfreute sich eines guten Besuches. Die Zahlstellen Triesen, Tarnow, Grieswalde und Briesen hatten ihre Wünsche schriftlich eingereicht und sich entschuldigt. Kollege Martin erstaunte den Beurkäufer. Die Zahl der Mitglieder stieg gegen das zweite Halbjahr 1906 um 234, also von 1371 auf 1537 zurück. Dieser Rückgang ist auf die Berliner Lohnbewegung zurückzuführen, indem ein Teil der Mitglieder im Frühjahr sein Domizil wo anders ausschlug, andere abreisen mußten. Fünf Zahlstellen mit 120 Mitgliedern wurden neu gegründet. Hinterlich steht der Ausbreitung die Geschäftigkeit und die Vergnügungssucht im Wege. Erfreulich ist es, daß wir in Pommern Fuß fassen konnten; hier Zahlstellen wurden dort gegründet. Lohnbewegungen fanden in Triesen und Tarnow statt, welche auf friedlichem Wege ihre Erledigung fanden; außerdem der große Kampf in Berlin. Beziiglich der Centralstation ist es notwendig, mit derzeitigen Tarifvertrag über den Stand ihrer Zahlstellen. Gestalt wurde als gemeinsam über den schlechten Versammlungsbesuch. In einzelnen Orten geht es vorwärts, in anderen herrscht Panik und Gleichgültigkeit. Allgemein wurde gefordert, der Centralvorstand möge für den Bezirk Brandenburg-Pommern einen besoldeten Bezirksteiler anstellen, damit eine gerechte Agitation entfaltet werden könne. Eine dahingehende Resolution wurde angenommen, und soll dieselbe dem Hauptvorstand unterbreitet werden. Die seitherige Agitationsskommission wurde wieder gewählt. Dieselbe setzt sich zusammen: Kollege Kirsch, Maurer, Hilfsarbeiter, Paul Kort, Büher, Paul Küntzel, Dachdecker, Paul Döring, Zimmerer und Ernst Martin, Maurer. Mit dem Wunsch auf eine bessere Entwicklung unseres Verbandes im genannten Bezirk wurde die Konferenz geschlossen.

Böchum. (Bezirkskonferenz) Die diesjährige Bezirkskonferenz des Bezirks Böchum stand am 3. November in Essen a. d. Ruhr statt. Vertreten waren 90 Zahlstellen durch 85 Delegierte; einige Zahlstellen hatten keine Delegierten entsandt. Als Vertreter des Hauptvorstandes war Koll. Schmidt anwesend. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Bezirksleitung“ referierte Koll. Koch und teilte mit, daß eine größere Veränderung im Bezirk eingetreten sei. Zuerst sei Koll. Schmidt durch den Centralvorstand nach Berlin berufen, dann sei im Frühjahr der Bezirk Paderborn vom Bezirk Böchum abgetrennt, und der Koll. Werner, der bis dahin im Bezirk Böchum als Bezirksteiler tätig war, nach dort versetzt worden. Trotz der Trennung des Bezirkes hat sich die Mitgliederzahl um 260 Mitglieder vermehrt. Die Mitgliederzahl betrug im ersten Quartal 6750, im zweiten 10060 (im vorigen Jahre 9800). Die Einnahmen betragen 1874,50 M. an Eintrittsgeld, 70 559,95 M. an wöchentlichen Beiträgen, 4097,25 M. an Extrabeiträgen, 6356,70 M. an Agitationbeiträgen. An sonstigen Einnahmen 5182,93 M. Gesamteinnahme 103 125,32 M. Die Ausgaben gestalten sich folgendermaßen: Für die Hauptstasse 58 296,46 M. für Rechtschutz 227,59 M. für Krankenunterstützung 890 M. für Sterbeunterstützung 872 M. für Streitunterstützung 889,50 M. für Gemeinfreigeldunterstützung 86,70 M. und für Agitation 271,70 M.; Gesamtzahle 79 664,75 M. Die Lokalstellenbestände betragen 25 792,62 M. Im dritten Quartal ist eine größere Einnahme zu erwarten. Redner rügte die mangelhafte Ausfüllung der Quartalsberichte; es sei endlich zu erwarten, daß hier eine Besserung eintrete. Koll. Schmidt führte aus, daß nach der vorjährigen Konferenz die Centralisation der Zahlstellen in Verwaltungsstellen allgemein durchgeführt sei. Er betonte die Wichtigkeit der statistischen Aufstellungen für die Centralstelle. Mit allem Nachdruck muß der großen Schwankung im Mitgliederbestand vorgehegt werden. Über die Lohnbewegungen, die im Bezirk geführt werden, berichtete Koll. Werner. Demnach sind insgesamt 15 Lohnbewegungen, in denen 23 Orte in Frage kamen, geführt und alle erfolgreich beendet worden. Die Lohnhöhungen betragen 4–8 Pf. die Stunde. Für 496 Kollegen wurde die Arbeitszeit um eine Stunde, und für 132 ½ Stunde verkürzt. In der hierauf folgenden Diskussion, in der gleichzeitig Bericht über die Zahlstellen gegeben wurde, beteiligten sich eine ganze Anzahl Kollegen. Aus den Ausführungen der einzelnen ging hervor, daß alle an dem weiteren Ausbau und der inneren Erstärkung der Organisation das größte Interesse befanden. Weiter wurde gerügt, daß die Zahlstellen in den Zahlstellen dadurch er schwert werden, indem sich die meisten Mitglieder bei ev. Abreise nicht anmelden. Durch das Bandeslegiertensystem könne der Schwankung des Mitgliederbestandes Einhalt getan werden. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Festsetzung der Winterbeiträge, wurde beschlossen, daß jedes Mitglied während der zwölf beitragsfreien Wochen 1,20 M. zu entrichten hat. Von diesem Betrage sind für diejenigen Kollegen, die in ihre Heimat abreisen, 1 M. an dem Orte zu bezahlen, wo sich dieselben zuletzt aufhielten; 20 Pf. können in den Winterzahlstellen entrichtet werden. Die Beiträge fließen in die Verwaltungsstellenklasse. Außerdem bleibt es den Zahlstellen überlassen, zur Stärkung der Zahlstellenfassen höhere Beiträge zu beschließen. Im Punkt „Beschließende“ wurden einige Beschwerden vorgebracht, besonders wurde es gerügt, daß sich die „Bücher“ von den Maurern zu besonderen Zahlstellen trennen. Nach einem kurzen Rückblick des Koll. Koch auf die Verhandlungen, forderte derselbe die Delegierten zu weiterer Arbeit und zum Ausbau des Verbandes auf, sowie dazu, das Gebot in die Tat umzusetzen. Mit einem begeistert aufgenommenen Rausch wurde die Konferenz gegen 5 Uhr geschlossen.

Duisburg (Bezirkskonferenz). Auf der diesjährigen Bezirkskonferenz waren 70 Delegierte erschienen, welche 4112 Mitglieder in 74 Zahlstellen vertraten. Kollege Pfeiffer erstattete den Bezirkbericht. Er hob den erfreulichen Aufschwung des Bezirkes hervor; bedauerlich sei die starke Fluktuation, und müsse dieser mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegengearbeitet werden. An Lohnbewegungen waren 1736 Kollegen beteiligt. Zu sieben Fällen endigten dieselben auf friedlichem Wege, in sechs kam es zum Streit. Erreicht wurden eine Befreiung der Arbeitszeit von 1½–1¾ Stunden und eine Lohnzehrung von 4–11 Pf. pro Stunde. In Streitunterstützungen

wurden 23 576,42 Mark verausgabt. Verkündigt wurde, daß an einigen Stellen ohne die Genehmigung des Hauptvorstandes und des Bezirksleiters die Arbeit eingestellt wurde. Das muß in Zukunft aufhören, ebenso dürfen Forderungen über Abfindungen bestehender Tarife nicht ohne Einverständnis des Bezirksleiters erhoben resp. getätigkt werden. Kollege Jacobi-Berlin ging auf das Rassentheorem ein und betonte, daß hierzu noch manches anders werben müsse. Nach einem eingehenden Referat von Redakteur Eder über die vorzeitige Lage wurde beschlossen, die Agitationssätze auf 20 Pf. zu erhöhen, wovon 18 Pf. zu leben sind. Alle niedrigeren Marken werden eingezogen und neue verausgabt. Die Bahnstellen der Bahnhöfe sollen mit den Verwaltungsstellenkassen verbündet werden. Die Kartellbefreiung soll durch besondere Marken quittiert werden, während Umstellung die Ortstafelle angehalten werden sollen. Die Bahnhöfe sollen für regen Betrieb der niedersächsischen Agitationssätze auf 50 Pf. eintreten. Mitglieder, welche sich zum zweitenmal aufnehmen lassen, sollen 1 Mark Einschreibegeld bezahlen. Bahnhöfesteile sollen in Zukunft nicht mehr abgehängt werden, in Ausnahmefällen nur im Einverständnis mit dem Bezirksleiter. Der Bezirksvorstand wurde davor erwartet, daß die Kollegen Schilling, Strichner, Schnieber und Schäfer hinzugewählt würden. Alles in allem bot die Konferenz ein erfreuliches Bild und läßt das Beste für die Zukunft erwarten.

St. Johann-Saarbrücken. (Geisteßwaffen ber. Jahr bis zum Genossen.) Unter Artikel in der "Baugewerkschaft" über die Mithandlung unserer Kollegen beim Bettelankleben hat auf einen Genossen wie ein rotes Tuch auf gewisse Tiere gewirkt. Mit echt "freier" Intelligenz tauchte er darauf die Feder tief, tief in die Linie; voll von "heiliger" Entrüstung über diesen christlichen Frevel, schreuberte er für Thre sozialistischen Brüderlichkeit, zur Belehrung seiner Gereuen und zur Vernichtung solch böser Menschen, "gefürchtete Geistesblüte aus seinem sozialistischen Waffenarsenal"; diesen "bösen, ilgenhaften" christlichen Gegner muß man für immer unschädlich machen. Die Pfeile des "intelligenten" Genossen waren sehr stark vergiftet. Sie hatten folgende Güte: „Kräftigen Schwundel“, „eine Mordegeschichte“, „ein Nachtwert der Lüge“, „unkontrollierbares christliches Geschreibsel“, „plumper Schwundel“, „die Verlogenheit christlicher Ehrenmänner“, „sei erfundene christliche Gemeinhheit“ usw. Nachdem so der Genosse sich ausgequält hatte, erhob er sein Haupt, richtete die Augen in sozialistischer Unschuld gen Himmel und schrie weiter: Den Artikelbeschreiber, als den wir Brendel vermuten, möchten wir den Rat geben, den Charakter anderer Leute (zu letzteren zählt er auch sich) nicht nach seinem eigenen zu beurteilen. Der gute Mann scheint ganz übersehen zu haben, daß er mit seinem Charakter, wie Figura zeigt, schon ganz unter dem Gefrierpunkt angelangt ist, und somit als Vorbild für andere gar nicht mehr in Betracht kommen kann. Da ist dem Genossen denn doch wieder einmal der Gaul durchgegangen. In aller Eile verfügte er dann am Schluß seines Artikels, dem verhafteten Brendel nochmals eins auszuwischen, indem er wie folgt liest: Brendel wurde in der von ihm angeführten Schlichtungskommission tatsächlich so bloßgestellt, daß sich seine eigenen Mitglieder ihres Führers schämten. Demgegenüber stellen wir fest: Brendel ging befriedigt nach Hause, die Genossen aber nicht. Sagte doch am Schluß der Sitzung ein Genosse, bebend vor Zorn: Brendel muß sterben usw.; zu Barque: Dir drehe ich einen Strick (Joseph lachte hierzu). Das war das Schönste trocknes Besiegeln. Anderseits ist Brendel von seinen Kollegen noch nicht aus der Versammlung gejagt worden, ihm wurden noch keine Schläge angeboten, er ist auch noch nicht so gemein beschimpft worden, wie dieses schon so manchem Genossensünder passiert ist. Er hat sich auch unter den saarischen Unternehmern noch keine speziellen Freunde erworben, wie dieses Schrot gegenüber festgestellt wurde. Den von uns geschilderten nachfolgenden Nebenfall verucht der Genosse als unfair und erfunden hinzustellen. In der "Saarmarkt" schreibt man, die politische Untersuchung hätte nichts ergeben, folgedessen sei der Fall von einem christlichen Zeitungsmann erstanden. Mit demselben Recht können wir hieraus schließen, daß der Nebenfall vorbereitet war, und daß es gerade deshalb sehr schwer fallen wird, jene Genossen zu ermitteln. Wir halten die Behauptungen in jenem Artikel voll und ganz aufrecht, sind auch bereit, den Beweis dafür zu erbringen. Mögen doch die Genossen, da sie sich ihrer Unschuld so sicher fühlen, den vermeintlichen Artikelbeschreiber Brendel vor Gericht stellen und gerade an diesem Fall ein Beispiel christlicher Lüge statuieren. Ein wunderbar schönes im Interesse der Wahrheit. Joseph, sagst du, das ist besser und viel anständiger, als solch gemeinsame Schimpfen.

Posen. (Religiöse Neutralität.) Der Maurer H. Mitglied des katholischen Arbeitervereins, glaubte es damit vereinbaren zu können, zugleich auch Mitglied des sozialdemokratischen Maurerverbandes zu sein. In keiner Eigenschaft als Arbeitervereinsmitglied führte er den Namen nach dem Wahljahrort Dombrowska. Das sollte ihm nicht gut bekommen. Kurzgedenkmen, nutzte er sich allerlei Hänselchen seitens des Maurers P., ebenfalls Mitglied des sozialdemokratischen Maurerverbandes, gefallen lassen. Als derselbe mit Schimpfen usw. nichts ausrichten konnte, brachte er sich eines Tages eine Glühbirne auf den Kopf; als um 1 Uhr das Feuer zum Anhängen gegeben wurde, stellte sich P. an die Spitze der Kolonne, läutete dabei und ohmte die Feste wie bei der Ankunft der Pilger in Dombrowska nach, dabei ausruend: Die Männer nach links und die Frauen nach rechts gehen. Daraufhin wurde er entlassen. Daraus wollte er nun eine Regelung konstruieren und rief die anderen zu seiner Unterprüfung auf. Kein Glück damit, zog er traurigen Auges zu seinem Bezirksleiter. Der sollte ihm helfen. Aber auch Soz. u. Comp. hatten kein Glück damit, und mäßten wie die betrübten Bohrer abziehen. So gingen sie in Posen. Sehen denn nicht bald die christlichen Maurer ein, wo ihr Platz ist? Herz aus den sozialen Verbänden, denn dort wird eure religiöse Überzeugung mit Zügen gefangen.

Braunschweig. Opt. Am 29. Oktober tagte unsere erste Generalversammlung, die selbe war sehr gut besucht, auch unser Bezirksleiter, Kollege Schönelas, war anwesend. Der Vorsteher, Kollege Kühnau, erstattete zunächst den Geschäftsbericht. Daraus habe seit Gründung unserer Verwaltungstafelle (29. Oktober 1906) 16 Verhandlungen stattgefunden, ebenso mehrere Ratsentscheidungen. Die Bekämpfung von Seiten der Sozialdemokraten war eine schwere, jedoch sind wir dadurch erst recht gewachsen und immer stark. Kollege Lange gab den Haushaltbericht vom 2. Quartal. Die Mitgliederzahl betrug 53, die Gesamtsumme 500,57 Mark. Hierzu wurden an die Hauptstelle gesandt 402,64 Mark, wodurch beträgt der Haushalt in der Hauptstelle 57 Mark. Die Abgaben belastigen die Hauptstelle der Verwaltung und wurde dem Bezirksleiter Entlastung erteilt. Die Ratsentscheidung ergab als 1. Vorsteheren A. Kühnau, Kassenmeister, als Kassierer Ing. Lange, Kassenpolizist, als Schriftführer und Porträts alle drei wurden einstimmig wieder gewählt. Zum 2. Schriftführer wurde gewählt: Ing. Kühnau, zum 2. Kassierer: Ing. Meyer und zum 2. Schriftführer: Josef Mollenhau, als Beisitzer wurden die Kollegen Anton Grieseler und Peter Saal bestimmt. Hierauf nahm unser Bezirksleiter, Kollege Schönelas, das Wort. Er war zunächst einer Plauderei auf die Bekämpfung unserer Verwaltungstafelle, beprach insbesondere die Bekämpfung durch die Sozialdemokraten und übertrug die Angabe und Berichtigungen der roten Freizeitzeitung. Er forderte die Kollegen zu einer Agitation für

unseren Verband auf, denn nur verjüngte sei ein gutes Mitglied, der ein Agitator für unseren Verband sei. Gleichzeitig dankte Mollenhau dem Vorstand für seine Weise und Tätigkeit im Interesse unserer Sache und forderte die neu Hinzugewählten auf, sich an dem alten Vorstand ein Beispiel zu nehmen, denn wenn jedes Vorstandsmitglied seine Pflicht treue, sei es auch um unsere Sache gut bestellt.

Bremen. Am Dienstag, den 29. Oktober, tagte in unserem Lokale unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, welche sich eines sehr guten Besuches erfreute. Nachdem der Kassierer Koll. Kreibert die Wiederholung verlesen und ihm Entlastung erteilt worden war, erhielt Koll. Hahn, welcher als Referent erstaunte, das Wort zu seinem Vortrage, bestreit: „Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaft“. In klarer, leicht verständlicher Weise behandelte Mollenhau obiges Thema. Besonders führte der Redner aus, daß durch den Abschluß der freien Gewerkschaften an die sozialdemokratische Partei die Gründung der christlichen Gewerkschaften zur Notwendigkeit wurde, indem die christlich gesünnten Arbeiter sich nicht länger unter das Dach der sozialdemokratischen Gewerkschaften aufzuhalten wünschten. Es sei allerdings auch heute noch ein großer Teil Mitglieder in den freien Gewerkschaften vertreten, die ihrer Überzeugung nach zu uns gehören, aber teilweise der Verhältnisse wegen nicht bei uns seien. Im weiteren Verlauf seines Referats schiederte der Redner die Taktik und Arbeitsweise der freien Gewerkschaften. Reichhaltiger Beifall lohnte dem Redner für seinen schönen Vortrag. Im Punkt „Vertriebenes“ kam besonders der Terrorismus der freien Gewerkschaften hier am Orte uns gegenüber zur Sprache. Der Vors. Koll. Gauerborn schilderte eingehend sämtliche, in diesem Sommer vorgekommenen Fälle. Insbesondere verwies er bei dem Fall an der Realsschule. Wie zuerst die Maurer die Arbeit wegen unseres Koll. Maßke niedergelassen, verließ dann den Bau verlassen müssen. Wie dann die Maurer die Arbeit wegen des Christ. Arbeiters Jensch niedergelassen, aber diesmal nichts erreichten, nun teufelswild darüber wurden, und des Wends unseren Kollegen aufzupacken und sie mit Spaten und Latten blutig schlugen. Dann habe man wiederum ver sucht, den Koll. Maßke aus der Arbeit zu bringen, konnte es diesmal jedoch nicht richtig bringen, man wurde ihm sein Handwerkszeug gestohlen. Dies sei die brutalische Weise der Freiheitshelden, und legte wiederum Zeugnis ab von der rohen, brutalen Gewissens- und schlechten Erziehung der Genossen. Man wolle uns durch terroristische Methoden vernichten, aber es sei gerade ins Gegenteil umgeschlagen, denn durch die letzten Ereignisse könnten wir wieder 12 Kollegen, die das Kreiseln dieser unmoralischen Gesellschaft fahren, aufnehmen. Eine Resolution, welche dieses Kreiseln brandmarkt, und zu eifriger Agitation und Aufklärungsarbeit auffordert, fand einstimmige Annahme.

Soziale Wahlen.

Gelsenkirchen. Nachdem die Wahl der Arbeitervertreter der Ortskantonskasse Gelsenkirchen-Stadt mit einem Sieg der christlichen Arbeiterschaft endete, kann wiederum ein glänzender Sieg aus Uedendorf gewünscht werden. Die „Genossen“ hatten diesmal alles aufgeboten, um einen Sieg davon zu tragen. Neben rühriger Agitation suchten sie jetzt dadurch Stimmenzufluss zu treiben, indem sie Personen auf ihre Liste setzten (auch christlich organisierte) die hiergegen entschieden protestierten. Über alle Anstrengungen und Machinationen schelten an der eifrigsten Wertheit der christlichen Arbeiterschaft. Mögen die erwähnten Siege für die christliche Arbeiterschaft in Gelsenkirchen ein Ansporn sein, auch bei der in kurzer Zeit in Gelsenkirchen-Schaffestattfindenden Wahl ihren Mann zu stellen. Schön geht müssen wir mit der Agitation beginnen und nicht warten bis zu den letzten Tagen. Der Kampf wird ein heftiger werden. Wer tue ein jeder schon jetzt seine Pflicht, dann ist der Sieg unser!

Böckum. Am 7. Nov. 1907. Gestern abend wurden hier die Ergänzungswahlen zum Gesellenausschuß der Baugewerkschaftsvorsteigung gelöst. Gewählt wurden vier Ausschusmitglieder und vier Ersatzmänner. Die Kandidaten der christlichen Gewerkschaft erhielten 254 Stimmen, die der sozialdemokratischen Gewerkschaften eine Stimme. Da die sozialdemokratischen Gewerkschaften in den letzten Jahren, bei den sozialen Wahlen, trotzdem sie zweimal Anstrengungen machten, um ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen, trotz eines Vereinzelt erlitten, scheint es, daß wollten sie sich diesmal nicht blamieren und blieben zu Hause. Nur etwa zehn Genossen machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, die aber, mit einer Ausnahme, die christlichen Kandidaten wählten.

München. Am 17. Februar d. J. fand in München die Wahl der Generalversammlungsvertreter zur Ortskantonskasse statt. An der Wahl beteiligten sich zum erstenmal auch die christlichen Arbeiter mit einer eigenen Liste. Zwar war keine Aussicht auf Sieg, doch sollte den Sozialdemokraten gezeigt werden, daß die christlichen Arbeiter, auf Grund ihrer Sämme, mit Recht die Verhältniswahl verlangen würden. Die sozialdemokratische „R. P.“ spottete, weil sie nicht einmal die Vertreterliste zusammenbringen könnten, sah sich schwer getäuscht. Rund 7000 christliche Stimmen wurden abgegeben, gegen 18 000 sozialdemokratische. Das Ergebnis der Wahl würde für die christlichen Arbeiter noch bedeutsam günstiger gewesen sein, wenn die sozialdemokratische Kassenverwaltung die Wahlvorbereitung korrekt getroffen hätte. Allen möglichen Ungehörigkeiten war Für und Vor geöffnet. Die Gelegenheit wurde von den Genossen nach ihrer Art auch tüchtig ausgenutzt. Gegen die Wahl wurde deshalb Protest eingelegt, der vom Magistrat als unbegründet zurückgewiesen, dem aber die Königliche Regierung stattgab und die Wahlen für ungültig erklärte. In der Entscheidung heißt es u. a.: daß die (sozialdemokratische) Kassenverwaltung in der schweren Weise gegen die einfachsten Regeln verstößen habe, die an ein solches Wahlverfahren gestellt werden müßten. Auf Grund dieser Entscheidung sind nun am 3. November zum zweitenmal die Wahl statt. Die christlichen Arbeiter hatten einen schweren Stand. Die Sozialdemokratie zählt rund 60 000 Organisierte in München, die mit einem Stabe von über 250 Beamten die Wahlagitation leiteten. In zahllosen kleinen Versammlungen wurde in der gemeinsten Weise gegen die Christen gejetzt, ohne ihnen Gelegenheit zur Verteidigung zu geben. In einer von christlicher Seite einberufenen öffentlichen Versammlung waren die sozialdemokratischen Beamten zu seige, um das Wort zu ergreifen. Drei Blattlättter mit den größten Unwahrheiten wurden in einer Auflage von 300 000 Exemplaren verteilt, und so die sozialdemokratischen Massen aufgepeitscht. Doch ist nicht erreicht, was die Genossen wollten. Noch am Tage der Wahl wurde in großsprechiger Weise verkündet, daß die Christen höchstens 5000 Stimmen bekommen sollten. Das Refutat war aber, daß wir 2380 Stimmen gewonnen haben. Im ganzen wurden abgegeben 33 341 Stimmen. Davon entfielen auf die Liste der christlichen Arbeiter 9219, auf die sozialdemokratische Liste 24 104 Stimmen. Bei Gehrungswahl hätten wir 72 Bevölkerer und 36 Ersatzmänner bekommen. Zu der Einwohnerbefreiung können sich aber die Christen bis jetzt nicht ausschwingen, trotzdem sie soeben im dauerhaften Stande für die Gemeinschaftswohl verlangen. In einem Flugblatt schrieben die Christen, daß sie zwar im Prinzip für die Verhältniswahl seien, doch sie über die Christlichen nicht fürfähig halten, an der Verwaltung der Kasse mitzuwirken. Das schreibt Christen, die durch eine beispiellose Wirtschaft der Kasse wahrscheinlich nicht genutzt haben. Die Antwort für diese Freude

Verhöhnung der Christlichen Arbeiterschaft haben die Herren am 3. November bekommen. Die 9219 Stimmen, die auf die christliche Liste abgegeben wurden, stammen von Leuten, die wissen, was sie wollen, und die auch in Zukunft der böhmischem Sozialdemokratie noch manche schwere Stunde bereiten werden. An der Wahl beteiligten sich auch beiderseitig die Mitglieder des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes.

Bauunfälle.

Berlin. Am 7. Nov. Ein tödlicher Bauunfall ereignete sich auf dem Grundstück Stolpische Straße 68. Der auf dem Neubau beschäftigte Maurer August Gerde verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte aus dem zweiten Stockwerk in die Tiefe. Infolge der schweren Schädelverletzung starb er schon auf dem Wege zur Unfallstation.

Berlin. Am 8. November. Auf dem Grundstück Siegfriedstraße 16 ereignete sich ein schwerer Unfall. Bei den Fundamentierungsarbeiten war eine der Erdwände nicht abgestützt worden, und stürzte, als der Bauarbeiter W. Schneegas in die Grube arbeitete, zusammen, ihn vollständig unter sich begraben. Die sofort vorgenommenen Rettungsarbeiten hatten den Erfolg, ihn noch lebend hervorzuziehen, jedoch hat er schwere inneren Verletzungen davongetragen. Mit einem Wagen wurde er ins städtische Krankenhaus gebracht.

Treptow. Am 1. November. Ein furchtbare Bauunfall ereignete sich auf dem Neubau des hiesigen Schlachthaus. Italienische Betonarbeiter hatten vor einigen Tagen eine Betondecke aufgeführt, die gestern abgeplattet werden sollte. Als nur mehrere Maurer des Bauunternehmens Witte diese Arbeit vornahmen, stürzte plötzlich die Decke herunter und begrub die Maurer Otto Hasemann, Fritz Kreuziger, Julius Berg und Gustav unter sich. Die sofort angestellten Rettungsarbeiten, die unter den größten Anstrengungen von allen noch anwesenden Maurern und Arbeitern aufgenommen wurden, gestalteten sich äußerst schwierig und gingen nur langsam voran. Nach vieler Mühe gelang es endlich, die Toten zu entfernen, so daß die Verunglückten, die geradezu entsetzt verletzt und gequält waren, hervorzuholen. So ist dem Maurer Hasemann die Brust vollständig eingeknickt, und außerdem hat er mehrere Rippenbrüche davongetragen; dem Bilde ist der Kopf direkt gespalten, so daß das Gehirn bloßgelegt wurde, auch ist das Gehirn total ausgeschlagen, während die Verletzungen der Maurer Kreuziger und Berg nicht so schwer Natur sind. Hasemann, der bei verheiratet und Vater mehrerer unehelicher Kinder ist, wurde in seine Wohnung geschafft, und diese fand Ausnahme im Kreiskrankenhaus. Beide werden wohl kaum mit dem Leben davonzukommen. Die Verunglückten sind Treptower, außer Berg, der aus Goslar stammt.

Niel. Am 4. November. Der Zimmermeister C. Blankenberg in Hesse starzte infolge eines Feuertrittes, von einem Kreuzrotterweg belegenen Neubau. Er erlitt einen Genickbruch, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Gladbeck. Am 8. November ereignete sich ein folgenschwerer Unglücksfall bei der Firma Kasten u. Bambel. Zwei Maurer waren damit beschäftigt, einen Einstiegschacht für die Wasserleitung in einer Tiefe von zwei Meter herzustellen, als plötzlich sich die Erdmasse löste und den Maurer Joh. Pollock, Mitglied unseres Verbandes, unter sich begrub. Er trug schwere Verletzungen davon, so daß er schon auf dem Wege zum Krankenhaus seinen Geist aufgab. Wer die Schuld an diesem Unglück trägt wird wohl die eingeleitete Untersuchung ergeben. Jedenfalls wäre das Unglück vermieden worden, wenn mit den nötigen Vorsichtsmaßnahmen gearbeitet worden wäre.

Bekanntmachungen.

Mülhausen i. Els. (Maurer). Der I. Vorsitzende, Kollege Florian Müller, wohnt Vogelstraße 65.

Herten I. W. Der Kollege Franz Czech (Buch-Nr. 116 960) ist seinen Verpflichtungen als Haustässler der Bahnstelle Herten gegenüber nachgekommen.

Gauerdier.

Gladbeck. Am 5. November starb unser Mitglied Friederich Steffewelt im Alter von 38 Jahren infolge eines Unglücksfallen. Bahnstelle Boppot (Bauhilfsarbeiter).

Am 7. November starb unser Mitglied Anton Wahmann im Alter von 51 Jahren infolge eines Magengeschwürs.

Am 8. November starb unser Mitglied Johann Pollock im Alter von 51 Jahren infolge eines Unglücksfallen. Bahnstelle Gladbeck.

Am 8. November starb unser Mitglied Franz Schmidt infolge Rippenfellentzündung. Bahnstelle Dorpmund (Maurer).

Ehre ihrem Andenken!

Hersford, Maurer und Hilfsarbeiter!

Freitag, den 22. November, nachm. 5 Uhr, Versammlung bei Kell. (2,45) **Zugesetzung:** 1. Kassenbericht. 2. Stellungnahme zu dem Ergebnis der stattgefundenen Verhandlungen mit den Meistern. 3. Wahl des I. Vorsitzenden. **Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.** **Der Vorstand.**

Achtung! Essen a. d. Ruhr. Sonntag, den 24. November 1907, nachmittags 3 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses Essen, Frohmannstraße 19, die Generalversammlung der Verwaltungsstelle statt.

Achtung! Buerger, Essen a. d. Ruhr. Sonntag, den 24. November 1907, Generalversammlung mit Vorstandswahl. (1,90) **Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend gebeten.** **Der Vorstand.**

Genossenschaftliche Bürsten-Fabrik + + + + Ramberg (Pfalz). **Bürstenwaren**

Vergleichende Preisliste für alle Sorten
Billigste und vorteilhafteste Bezugssquelle für alle Sorten
Bürstenwaren für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen nach eingangsden Kästern prompt und billig.
Kästchenfolktionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten

Berleger: Prof. Seifer, Druck, Buchdruckerei und Kunstanstalt, sämtlich in Berlin.